

# Leipziger Volkszeitung

## Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

<b>Bezugspreis</b> mit illust. Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschl. Botenlohn 2.—, für Selbstabholer 1,00 M. — Durch die Post bezogen 2.— M., ohne Bestellgeld. Telefon Sammelnummer 72206. <b>Postfachkonto:</b> Leipziger Buchdruckerei H. G., Leipzig Nr. 534 77	<b>Redaktion:</b> Leipzig, Tauscher Str. 19/21 Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig Telephon 72206. — <b>Verlag in Leipzig:</b> Tauscher Straße 19/21 — Telephon 72206	<b>Inseratenpreise:</b> Die 10zeilige Kolonelleile 35 Wg., bei Blankortdruck 40 Wg. Stellenangebote 10zeilig Kolonelleile 25 Wg. Familiennachrichten von Privaten die 10zeilig Kolonelleile mit 50% Nachsch. Kellamette 2 M. Inserate v. ausw.: die 10zeilig Kolonelleile 40 Wg. bei Blankortdruck, 50 Wg., Kellamette 2,25 M.
---	--	--

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiteilnehmer und alle Postanstalten entgegen

## Kriegsfreiwilliger Willi Sachse

### Ein ängstlicher Kommunist

Der „große Revolutionär“ im Franz-Mehring-Haus, Lokalredakteur der SZ, Willi Sachse, hatte den besseren Teil der Tapferkeit erwähnt. Gegen unsere Feststellungen in der Nummer vom 18. Oktober hat der „tapfere Held“ nichts mehr zu erwidern vermocht. Das ist so das Wesen der ängstlichen Kommunisten. Ein großes Maul und damit hat es sein Bewenden.

Wir hatten indes das Versprechen gegeben, die Stütze vom Forträt Willi Sachses noch etwas nachzusehen, und wir kommen um folgenden auf das Versprochene zurück. Noch immer haben wir für die menschlichen Schwächen Willi Sachses vollstes Verständnis, auch wir würden auch sündigen schweigen, wenn nicht der Jammersing von Chedem heute danach trachten würde, den großen Mann zu martieren und als Anführer gegen jene Partei zu fungieren, die er in einem Brief vom 30. August 1917, der an den höchsten Gerichtsherrn des 4. Geschwaders gerichtet war, selbst als „gefährlich“ — nämlich gegenüber den Kriegshehnen — bezeichnet hatte. Der „große Revolutionär“, der am 28. August 1917 durch seine Unterschrift hoch und heilig versprochen hatte, von seiner „Partei-Verblendung“ abzugehen, der vorgab, „noch ein nützliches Mitglied der Gesellschaft“ werden zu wollen, und der weiterhin als „guter Deutscher... mit der Waffe“ für sein Vaterland einzutreten versprach, berief sich auf die Methoden des Untersuchungsrichters Dr. Dobring, der Schuld an seinen kläglichen Geständnissen getragen habe. Wie dem auch sei, auch der einfachste Sozialdemokrat hat unter der Fuchtel des Sozialistengesetzes abgelehnt, jemals derartige Protokolle zu unterzeichnen. Wir tragen hier, um die Naturgeschichte Willi Sachses zu ergänzen, eine protokolllarische Niederschrift nach, die am 28. August 1917 von ihm unterschrieben worden ist. Sie lautet:

„Da ich lediglich bitte, mich der Gnade Seiner Majestät zu empfehlen, so kann ich auf rechtliche Ausführungen verzichten. Ich berufe mich darauf, daß selbst das erkennende Gericht in meinem reu und ängstlichen Geständnis einen Milderungsgrund gesehen und meine unabweisliche Verurteilung empfohlen hat. Ich kann nur angeben, daß ich mit der letzten Tragweite meiner Handlungsweise nicht so bewußt geworden bin und daß mir die Bewegung schließlich über den Kopf gewachsen ist. Als ich die Gefahr erkannte, war es zu spät, um sie noch einzudämmen, und einem freiwilligen Geständnis, das ich beabsichtigt hatte, kam meine schnelle Verhaftung zuvor. Ich weise darauf hin, daß ich mich von Anfang an bemüht habe, die volle Wahrheit zu sagen

und die Untersuchung zu fördern, soweit es in meinen Kräften lag. Ich habe auch in der Hauptverhandlung in keiner Weise verjährt, Ausflüchte zu machen. Schließlich weise ich darauf hin, daß ich der einzige Sohn meiner Eltern bin, die in absehbarer Zeit vollständig auf meine Hilfe angewiesen sein werden. Alles dies und mein junges Alter sowie meine Parteiverblendung bitte ich zu berücksichtigen und mir Gelegenheit zu geben, durch eine zeitliche Strafe zu bewahren.

Daß ich noch ein nützliches Mitglied der Gesellschaft werden kann und ein guter Deutscher bleiben will, wenn es mir auch nicht vergönnt ist, weiterhin mit der Waffe für mein Vaterland einzutreten.“

Also nur die Verhaftung Sachses hatte verhindert, daß er seine Kameraden durch ein freiwilliges Geständnis verraten hat. Aber möge auch dieses Geständnis des „großen Revolutionärs“ unter den Einwirkungen des hinreichend bekannten Herrn Dr. Dobring zustande gekommen sein. Wir werfen die schütterste Frage auf, ob etwa Herr Dobring auch die Briefe Willi Sachses an seine Braut beeinflusst oder gar geschrieben hat. Herr Sachse schrieb bereit an seine Braut:

„Sechs Tage vor Kaisers Geburtstag sollen die Eltern ein Gnadengesuch an den Kaiser und eins ans Kriegsministerium (preussische) richten um Strafausschub und Verschiebung an die Front für mich. Darin sollen sie natürlich betonen meine Unbescholtenheit, meinen Kriegsfreiwilligen Eintritt und daß ich Oberheizer war sowie daß doch nur eine Verführung von Seiten der Abgeordneten vorlag. Auch sollen sie sich auf das Zeugnis des Herrn Marine-Kriegsgerichtsrats Dr. Dobring vom Gericht des Aufklärungsschiffes S. M. S. „Egdnitz“ berufen, der als mein Anführer gern bereit ist, für mich einzustehen.“

Der unentwegte Klassenkämpfer Willi Sachse aus der Gegenwart, der am liebsten tagtäglich einen Panzerkreuzer mitnahm Herrn Dr. Groener verfluchen möchte, berief sich bereit auf seinen „Kriegsfreiwilligen Eintritt“ in das Heer und auf eben diesen Marine-Kriegsgerichtsrat Dr. Dobring, von dem er heute kläglichweise zu seiner Verteidigung schreibt, daß dieser ihm die Feder führte. Willi Sachse war der Liebling Dr. Dobrings, weil aus dem großen Revolutionär alles das herauszuholen war, was Dr. Dobring im Kampfe gegen die Mitangeklagten des Herrn Sachse irgendwie benötigt hatte. Willi Sachse ist von seinen Untersuchungsrichtern als „ein ganz patenter Kerl“ bezeichnet worden. Auch das mag durch rein menschliche Motive zu erklären sein. Aber dieser patente Kriegsfreiwillige soll sich fürder hüten, diejenigen zu begünstigen, die er einst so „tapfer“ verraten hat.

## Zwischen 14. und 28. Oktober

Von Joseph Belina, Prag.

Am 28. Oktober 1918 rief der aus allen tschechischen Parteien gebildete Nationalausschuss in den Straßen von Prag feierlich die Republik aus. Als bald schlossen sich die Städte in der Provinz an, der neue Staat war geboren. Zwar dauerte es bis zum 4. März 1919, ehe auch die sudetendeutschen Orte unter die tatsächliche Staatshoheit fielen, zwar mußten noch bis Juli 1919 heftige Kämpfe geführt werden, um die slowakischen Gebiete von der heiligen Stephanuskrone zu trennen und der Tschechoslowakei einzuverleiben, indessen waren die staatsrechtlichen Grundlagen zu all dem am 28. Oktober 1918 geschaffen worden, den man als den offiziellen Gründungstag der Republik feiert. Das zehnjährige Jubiläum wird mit erheblichem Pomp begangen.

Aber es steckt keine rechte Freude hinter dem Jubilieren, und der Bürgerblock hat es sogar abgelehnt, Abgeordnetenhaus und Senat als Nationalversammlung zu feierlicher Festsetzung zusammenzutreten zu lassen. Aus guten Gründen. Denn nur allzu vieles hat sich seit 1918 geändert. Die damals einheitliche Nation ist heute gespalten, die nationale Begeisterung ist abgefallen, der sonntäglichen Begeisterung ist der graue Werttag mit seinem Klassenkampf gefolgt. An die Stelle der allnationalen Regierungsloalition ist vor zwei Jahren der deutsch-tschechische Bürgerblock getreten, die Republik hat sich zu einem honetten bürgerlichen und kapitalistischen Staat entwickelt, in dem es sich ganz gut auch für jene leben läßt, die nicht eben der herrschenden, der Staatsnation angehören. Grollend stehen die Sozialisten beiseite, es ist nicht mehr ihr Staat, dessen Werden am 28. Oktober gefeiert wird, es ist der Staat der Bourgeoisie, der Staat der Kapitalisten.

Denn die Republik feiert in Wahrheit zwei Geburtstage und ihr Inhalt läßt den tiefen Abgrund erkennen, der sich im Ablauf des historischen Geschehens ergeben mußte. Das tschechische Proletariat feiert als seinen Gründungstag der Republik keineswegs den 28., sondern den 14. Oktober 1918. In diesem Tage rief der in Prag gebildete „Sozialistische Rat“ die Massen des Proletariats auf die Straße, um gegen die Ausfuhr von Lebensmitteln und Kohle aus den böhmischen Ländern in die übrigen Gebiete der Monarchie zu protestieren. Allein dieser Generalkstreik war mehr als der Protest gegen die Aushungerung; er war das erste Signal in der Heimat, daß sie sich dem zielbewußten Auslandssturm von Masaryk und Beneš anschloß, daß sie die Fesseln der Habsburger Monarchie abwerfen wollte. In manchen Orten kam es sogar schon zur Ausrufung der Republik, doch gelang es der schon sterbenden Monarchie, durch deutsche und magyarische Truppen noch die Ordnung zu erhalten. Die tschechische Arbeiterklasse wollte an jenem denkwürdigen 14. Oktober die demokratische und sozialistische Republik schaffen. Und sie war sich dessen bewußt, daß sie das nur tun könne in Gemeinschaft mit dem deutschen Proletariat der böhmischen Randgebiete, es war eine klassenkämpferische Tat, die sie vorbereitete.

In einem Aufruf, der in einigen Orten in deutscher Sprache verbreitet wurde, sagte der „Sozialistische Rat an die Adresse der deutschen Arbeiter: „Indem wir das Recht der nationalen Selbstbestimmung bis zur äußersten Konsequenz des selbständigen tschechoslowakischen Staates verlangen, erkennen wir dieses Recht der Selbstbestimmung auch für euch und sind der Ansicht, daß die Vertreter des tschechischen und deutschen Volkes in diesem geschichtlichen Augenblick dazu berufen sind, auf dem Wege eines friedlichen und vertraglichen Verhältnis sich über das zukünftige gegenseitige Verhältnis beider Nationen zu entscheiden.“

Die tschechische Bourgeoisie triumphierte über das Mißlingen dieser Aktion, von der sie mit Recht befürchtete, daß sie ihr die schönsten Profitmöglichkeiten rauben würde. Ihr Ziel war nicht in einer neuen Wirtschaftsordnung, wie sie das tschechische Proletariat instinktiv erstrebte, ebensowenig wie in einem friedlichen Nebeneinander der Nationen; ihr galt es, den nationalen Sieg zu erringen und ihn dann wirtschaftlich auszuwerten. Noch heute — und heute deutlicher denn je zuvor — äußert die tschechisch-bürgerliche Presse ihre Schadenfreude darüber, daß die Aktion der Arbeiter am 14. Oktober mißlang. Sie geht in ihrem Klassenhaß so weit, dem 14. Oktober jedwede Bedeutung abzusprechen, obgleich durch einen Zufall eben am gleichen Tage die in Paris gebildete „tschechoslowakische Regierung“ offiziell von den Ententestaaten anerkannt und damit de facto und de jure der neue Staat geschaffen war. Der siegreiche Kapitalismus will nicht gerne an die Gefahr erinnert werden, in der er sich an diesem Tage befand und die ihm verhängnisvoll werden mußte, wenn das gesamte Proletariat der Monarchie diesen Schritt der tschechischen Arbeiter verstanden und mitgemacht hätte.

Dem 14. Oktober folgte der 18. Oktober 1918, der Tag, an dem der Präsident der neugeschaffenen Regierung, der in Amerika weilende Professor Masaryk die Washingtoner Deklaration erließ, das erste verfassungsrechtliche Dokument des neuen Staates. In ihren wesentlichen Grundzügen besagte die Deklaration, daß die Tschechoslowakei eine Republik sein werde, daß sie die vollständige Freiheit des Ge-

## Gilbert beim Reichskanzler

SPD Der Reparationsagent Parler Gilbert hatte dem Reichskanzler am Donnerstagnachmittag einen Besuch ab, um ihn über das Ergebnis seiner Londoner, Pariser und Brüsseler Reise zu unterrichten. Den Erörterungen wohnten der Reichsfinanzminister Dr. Hilferding, sowie Reichsbankpräsident Dr. Schacht bei.

Die Verhandlungen befinden sich zur Zeit im Stadium der Vorbereitung der Expertenkommission. Gegenwärtige konkreten finanziellen Fragen stehen zur Zeit nicht zur Erörterung. Diese Fragen vorzubereiten und zu lösen, ist die Aufgabe der in Aussicht genommenen Kommission, die voraussichtlich zunächst in Paris zusammenzutreten und dann nach der Vorbereitung ihrer Arbeiten nach Berlin überfledeln wird.

Das Reichskabinett wird sich voraussichtlich bereits am Freitag mit der Zusammenfassung der Experten-Kommission beschäftigen.

## Zusammentritt der Sachverständigenkommission

14 Berlin, 26. Oktober.

Im Zusammenhang mit dem Besuch des Reparationsagenten Parler Gilbert beim Reichskanzler Müller teilt der Vorwärts mit, daß die in Aussicht genommene Sachverständigenkommission zunächst in Paris zusammenzutreten und dann nach der Vorbereitung ihrer Arbeiten nach Berlin überfledeln werde.

## Vor der Entscheidung in Frankreich

SPD Paris, 26. Oktober. (Radio.)

Die französische Regierung wird voraussichtlich am nächsten Dienstag in einem besonderen Ministerrat ihre Entscheidungen über die bevorstehenden Sachverständigenberatungen treffen. Poincaré soll dabei zunächst über seine Verhandlungen mit Churchill und Parler Gilbert Bericht erstatten, und es sollen dann die französischen Vertreter für die Sachverständigenkommission ernannt werden. Wahrscheinlich wird der Gouverneur der Bank von Frankreich, Moreau, für diese Delegation bestimmt. Gleichzeitig erwartet man, daß im Anschluß an den Ministerrat nähere Mitteilungen gemacht werden über die Möglichkeiten, die man für die Revision des Dawes-Planes ins Auge faßt. Auch über die Ratifikation des Schuldenabkommens zwischen Frankreich und Amerika soll in diesem Ministerrat Beschluß gefaßt werden.

## Eine neue Regierung für Thüringen

SPD Weimar, 25. Oktober.

Dem volksparteilichen Abgeordneten Bauer ist es nach neunwöchigen Verhandlungen endlich gelungen, eine Regierungsliste zusammenzustellen, deren Annahme er vom Landtage mit einiger Hoffnung erwartet. Im wesentlichen sind es die alten Namen, nur der durch die Justizskandale kompromittierte Justizminister Leuthäuser soll durch den volksparteilichen Amtsgerichtsrat Riedel-Jena ersetzt werden. Der neue Justizminister soll das Innenministerium mit übernehmen, während der Demokrat Paulsen, bisher Wirtschafts- und Innenminister, in Zukunft die Wirtschaft und die Volksbildung dirigieren soll.

Die Liste stützt sich auf die Deutsche Volkspartei, den Landbund, die Wirtschaftspartei und die Demokraten. Bauer hofft, daß auch die Deutschnationalen und der von den Nationalsozialisten abgeprengte Dr. Dinter seine Pläne wählen werden.

Wie WTB mitteilt, legen die bisherigen Regierungsparteien gleichzeitig dem Landtag einen Gesetzentwurf vor, wonach das Gesetz über die Gliederung der Landesregierung in Ministerien vom 8. März 1924 dahin abgeändert wird, daß sich die Landesregierung in fünf Ministerien gliedert, nämlich Finanzministerium, Innenministerium, Volksbildungsministerium, Justizministerium und Wirtschaftsministerium. Die Zahl der Minister und der ihnen zu übergebenden Ministerien legt der Landtag bei Wahl der Landesregierung fest. Einem Minister können mehrere Ministerien angewiesen werden. Das Gesetz soll sofort in Kraft treten.

## Faschisten, die sich verbauen

14 Budapest, 25. Oktober.

Der als Parteiführer abgesetzte Schejser, der vor einigen Tagen verhaftet, dann aber wieder freigelassen worden war, erschien am Mittwoch im Parteibüro der ungarischen faschistischen Partei in Alt-Ofen, um mehrere Gegenstände, die er als sein Eigentum bezeichnete, abzuholen. Die anwesenden Parteimitglieder widersetzten sich dem Verlangen Schejzers. Es kam zu Auseinandersetzungen und zu einer Schlägerei zwischen den im Lokal anwesenden Faschisten und Schejser und seinen Begleitern. Da beide Parteien mit Bajonetten und Revolvern ausgerüstet waren, gab es mehrere Verletzte. Als die Polizei im Lokal erschien, fand sie nur noch die verletzte Wartefrau.